

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

26.10.2020

HAUSHALT

2021

Antrag zum Thema

Erhöhung der institutionellen Förderung von Wildwasser e.V.

▶ Zuordnung im Haushaltsplan				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt			
▶ 252	▶ 5000			
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition				
▶ 31 3180-500				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme				
▶				
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen				
Art	2021	2022	2023	2024
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung				
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen				
Transferaufwendungen	53.487	53.487	53.487	53.487
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk				
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung				
▶ davon zahlungswirksam in				
Sonstige Änderungen				
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen				

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Wildwasser u. FrauenNotruf Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen u. Frauen eV Beratungsstelle, Kaiserstr. 235, 76133 Karlsruhe

▶ Sachverhalt | Begründung

Der Gemeinderat möge beschließen,

dass die jährliche Förderung von Wildwasser e.V. um 53.487,45 € auf insgesamt 208.487,40 € erhöht wird. -

Begründung:

Die Fachberatungsstelle Wildwasser & Frauennotruf (unter Trägerschaft des Vereins gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e.V.) bietet seit 31 Jahren Beratung und Unterstützung für Mädchen und Frauen, die sexualisierte Gewalt in ihrer Kindheit, Jugend oder im Erwachsenenalter erfahren haben. Wildwasser & Frauennotruf leisten präventive Hilfen in vielfältigen Formen; für direkt betroffene Mädchen und Frauen sowie für Fachkräfte und Institutionen unterstützend zur Arbeit im Kinderschutz.

Ab 2021 wird ein Ausbau der jetzigen Personalkapazitäten als zwingend erforderlich angesehen. Das Thema sexualisierte Gewalt findet immer mehr Aufmerksamkeit in Medien und Öffentlichkeit, was sich in den seit 2013 zunehmenden Fallzahlen (+26 %) und Beratungskontakten (+ 76 %) widerspiegelt.

Durch den Anstieg der Fallzahlen und Beratungskontakte ohne gleichzeitige Anpassung der Personalkapazitäten ist die Arbeitsbelastung im Team der Beratungsstelle sehr hoch. Dies geht zulasten der Präventionstätigkeit, weil Beratung Vorrang hat. So können bspw. auch Fortbildungen für die fallbeteiligten Institutionen und Kolleg*innen nur begrenzt angeboten werden. Diese wären jedoch notwendig, um zu einer Qualitätsverbesserung der komplexen Arbeit mit Fällen von sexualisierter Gewalt beizutragen und die allgemeine Fallzusammenarbeit zu verbessern. Dies würde allen mehr Sicherheit im Umgang mit diesen Fällen geben und besonders den Betroffenen zu Gute kommen. Hinzu kommt: die Unterstützung von Einrichtungen bei der Erstellung von Schutzkonzepten ist nur sehr punktuell und mit geringer Kapazität möglich.

Auch wird für die Beratung von Familien mit Migrations-/ Fluchthintergrund und für die Beratung von Menschen mit Behinderung (veränderte Beratungssettings und -prozesse) mehr Zeit benötigt. Dies gilt ebenfalls für komplexe Kindeswohlgefährdungsfälle.

Um diese Entwicklungen gut auffangen und die so wichtige präventive Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften wieder mehr in den Fokus nehmen zu können, bedarf es den Aufbau einer 50 % Fachkraftstelle. Um die Fachkräfte von administrativen Tätigkeiten zu entlasten, wird darüber hinaus eine 40 % Verwaltungskraft benötigt.

Für die geplante Erweiterung des Teams müssen neue erweiterte Räumlichkeiten gesucht werden, so dass sich entsprechend die monatlichen Mietkosten im Laufe des Jahres 2021 erhöhen werden. Schon heute ist durch die beengte Raumsituation der so dringend benötigte Schutzraum für dieses sensible Thema nicht immer gewährleistet.

Durch die Erweiterung der Kapazitäten lässt sich:

- der gestiegene Beratungsbedarf kompensieren,
- der gestiegene Zeitaufwand bei Beratungen (Kindeswohlgefährdung / Menschen mit Migrations-/ Fluchthintergrund / Menschen mit Behinderung) abdecken,
- das Angebot an Präventionsmaßnahmen ausbauen,
- die Unterstützung von Einrichtungen bei der Erstellung von Schutzkonzepten gewährleisten sowie
- die Fachkräfte von Verwaltungstätigkeiten entlasten.

Erhöhung der institutionellen Förderung von Wildwasser e.V.

Kosten für die geplanten Erweiterungsmaßnahmen belaufen sich voraussichtlich auf, 54.399 € Personalkosten, 6.184 € Sachkosten und 5.904,40 € Miete mit Nebenkosten. Dies ergibt einen Gesamtbetrag von 66.487,40 €, davon kann die Beratungsstelle Wildwasser & Frauen-Notruf 13.000 € aus eigenen Mitteln finanzieren.

Unterzeichnet von:

Mathilde Göttel

Lukas Bimmerle

Karin Binder